

Blühende Landschaften am Hindukusch?

Nur ein konzeptioneller Neuanfang könnte Krieg und Elend überwinden

von Thomas Gebauer

Neujahrsansprachen, das erfahren wir derzeit, müssen nicht substanzlos sein. Die Kritik der Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland am Krieg in Afghanistan hat das deutlich gemacht. Angesichts der katastrophalen Bilanz des derzeitigen Militäreinsatzes in Afghanistan müsse nach anderen Formen der Konfliktlösung gesucht werden, verlangte Margot Käßmann, und erntet damit erwartungsgemäß nicht nur Zustimmung. Die Argumente, die ihr von einzelnen Politikern aus den Reihen der CDU, SPD und der Grünen entgegenschlugen, aber lassen erkennen, wie viel Ideologie – und bisweilen Unkenntnis – noch immer im Spiele ist.

Mit großem Kaliber wurde der Bischöfin geantwortet: Wer den Krieg in Afghanistan in Frage stelle, verrate die Sache der Menschenrechte. Ohne Griff zu den Waffen drohe das Land am Hindukusch in einem blutigen Bürgerkrieg zu versinken. Alleine eine starke militärische Präsenz könne dafür garantieren, dass Entwicklung und Demokratie in gang komme. Dabei müsse auch Deutschland seiner Verantwortung gerecht werden.

Ob Philipp Missfelder, Ralf Fücks oder Hans-Ulrich Klose: sie alle ließen in ihren Reaktionen auf Margot Käßmann auf bemerkenswerter Weise das außer Acht, was Afghanistan-KennerInnen, WissenschaftlerInnen, internationale Menschenrechts- und Hilfsorganisationen seit langem schon vorbringen. Nämlich, dass all die schönen Worte, die sich um die Idee einer „Responsibility to Protect“ ranken, solange höchst fragwürdig bleiben, wie nicht klar ist, wessen Interessen dabei eigentlich geschützt werden sollen. Geht es um die Sicherheit Deutschlands, die am Hindukusch verteidigt wird, oder um die Interessen der afghanischen

Bevölkerung? Aus afghanischer Perspektive aber wird deutlich, wie dringend notwendig eine radikale Umkehr in der bisherigen internationalen Afghanistanpolitik ist.

Erschütternde Bilanz

Nicht Frieden steht heute, acht Jahre nach Beginn des internationalen Einsatzes in Afghanistan auf der Tagesordnung, sondern ein immer heftiger geführter Krieg, der inzwischen auch die Regionen des Landes erreicht hat, die lange Zeit als sicher gegolten haben. Auch Kunduz im Norden, die Vorzeigeregion des deutschen Engagements, zählt unterdessen zu den instabilen Landesteilen.

Trotz der vielen Milliarden, die der Einsatz bislang verschlungen hat, ist Afghanistan heute ein durch und durch unsicherer Ort. Auf absurde Weise leiden darunter vor allem diejenigen, in deren Namen die Intervention 2001 stattgefunden haben soll. Selbst die wenigen Erfolge, die beispielsweise in der Gesundheitsversorgung in den zurückliegenden Jahren erzielt wurden, sind wieder bedroht. Vielerorts hat sich die Sicherheitslage derart verschlechtert, dass sich die Menschen nicht einmal mehr trauen, Krankenhäuser aufzusuchen, geschweige denn, eigene Rechte geltend zu machen. Vor allem in den ländlichen Gebieten Afghanistans, dort wo die Menschen so dringend Unterstützung benötigten, sind viele Hilfe- und Aufbauprojekte wieder zum Erliegen gekommen.

Denn auch die HelferInnen stehen verstärkt unter Druck, nicht zuletzt die afghanischen MitarbeiterInnen von Hilfsorganisationen. Sie sorgen sich um ihre Sicherheit, weil schon der Verdacht, mit einer ausländischen Organisation im Kontakt zu stehen, Unheil heraufbe-



Foto: www.fotolia.com, © Pascal Eisenschmidt

schwören kann. Wer bei Straßensperren der Opposition mit einer falschen Visitenkarte antroffen wird, muss um sein Leben fürchten.

172 Übergriffe auf MitarbeiterInnen von Hilfsorganisationen zählte ANSO, das regierungsunabhängige „Afghanistan NGO Safety Office“, im letzten Jahr in Afghanistan. 19 AufbauhelferInnen, allesamt Afghanen, kamen dabei ums Leben. Zunehmend richten sich die Anschläge der bewaffneten Opposition auch auf das Personal von Krankenhäusern, Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen.

Ganz offenbar ist das Ziel der internationalen Schutztruppen, ein sicheres Umfeld für den Wiederaufbau des Landes zu schaffen, gescheitert. Längst haben die Hilfsorganisationen begonnen, die Nähe zu den ausländischen Soldaten zu meiden, weil deren Präsenz keineswegs ein Mehr an Schutz bringt, sondern ein zusätzliches Risiko bedeutet. Was ist geschehen? ▶

Die Militarisierung der Hilfe

Die prekärer gewordene Sicherheitslage haben auch die afghanischen Partner von medico international leidvoll erfahren müssen. Acht Mitarbeiter der Minenräumorganisation „Mine Dog Detection Center“ (MDC) sind in den letzten zwei Jahren bei Überfällen ums Leben gekommen; weitere 80 MitarbeiterInnen wurden entführt und kamen erst nach langwierigen Verhandlungen wieder frei. Fahrzeuge und Geräte im Wert von 500.000 Euro gingen verloren. Vor allem in den Südpfeilen mussten die Minenräumaktivitäten eingestellt werden. Damit wurde das beeinträchtigt, was vielerorts die Voraussetzung für Entwicklung ist. Ohne die Beseitigung all der explosiven Kriegshinterlassenschaften aus 30 Jahren Krieg gelingt es weder, Land wieder für die Agrarwirtschaft verfügbar zu machen, noch Kindern einen sicheren Weg zur Schule zu ermöglichen. ▶

Doch die Gefahren, denen sich die Minenräumer ausgesetzt sehen, könnten künftig noch größer werden. Kürzlich lobte das US-State Department in einem Internetbeitrag humanitäres Minenräumen, freilich nicht als Voraussetzung für Entwicklung, sondern als probates Mittel der Aufstandsbekämpfung. Minenräumer bezögen ein Gehalt, weshalb sie weniger anfällig seien, sich der bewaffneten Opposition anzuschließen.

Das mag so sein, und doch wird zugleich deutlich, wie heute in Afghanistan humanitäre und entwicklungspolitische Vorhaben von der Dynamik des Krieges erfasst und strategischen Zielen untergeordnet werden. Der Bau von Schulen und Krankenstationen, das Räumen von Minen, die Förderung landwirtschaftlicher Alternativen zum Drogenanbau – all das muss nicht mehr nur eigenständige Ziele verfolgen, sondern droht zu einem Teil von Counterinsurgency zu werden. Unverblümt heißt es im „Commanders’ Guide to Money as a Weapon System“, einem Field Manual der US-Armee, dass Hilfe eine „nicht-tödliche Waffe“ sei, die gezielt einzusetzen ist, um den Kampf gegen Aufständische zu effektiveren.

Die Folgen sind schwerwiegend: einerseits gerät eine derart militarisierte Hilfe selbstverständlich auch ins Visier eines Gegners, andererseits werden Entscheidungen über das Zustandekommen von Hilfe mehr und mehr an militärstrategischen Überlegungen der Geber ausgerichtet, statt die Bedürfnisse der Empfänger in den Mittelpunkt zu stellen. Genau das ist heute in Afghanistan zu beobachten. Das Gros der Hilfe fließt in Landesteile, die von strategischem Interesse sind, während vergleichsweise ruhige Provinzen, wie das Hazarajat, wo doch eigentlich ein sicheres Umfeld für den Wiederaufbau bestünde, weniger von Hilfen profitieren.

Angesichts der Armut, die in Afghanistan herrscht, gibt es zu einer Hilfe von außen oftmals keine Alternative. Dass sie dennoch vie-

lerorts nicht mehr geleistet wird bzw. werden kann, ist nicht zuletzt die Folge ihrer Instrumentalisierung für militärische Zwecke.

Wer sich den Blick von legitimatorischen Euphemismen nicht verstellen lässt, entdeckt im Militäreinsatz in Afghanistan eine bemerkenswerte Umkehrung dessen, was all die Jahre öffentlich bekundet wurde. Die Entsendung von Truppen dient nicht mehr dazu, ein sicheres Umfeld für den Wiederaufbau zu schaffen, vielmehr sind es die zivilen Maßnahmen, die einen Beitrag zur Absicherung und Effektivierung des militärischen Handelns leisten haben.

Und das ist der Grund für die Kritik von Hilfsorganisationen an den sicherheitspolitischen Konzepten, die den Afghanistan-Einsatz leiten, heißen sie nun „Comprehensive Approach“ wie im NATO-Jargon, oder „Vernetzte Sicherheit“, wie in Deutschland. Die zivil-militärische Zusammenarbeit, die darin verlangt wird, ist keine Kooperation unter gleichen, sondern bedeutet eine Einbettung von Entwicklungszusammenarbeit und Aufbauhilfe in militärisches Handeln.

Grundsätzlich unterschiedliche Mandate

Seit langem schon warnen international tätige Hilfswerke, das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und nicht zuletzt die Organisationen der afghanischen Zivilgesellschaft vor einer Militarisierung von Hilfe. Denn es ist die zunehmende Verwischung der Grenze zwischen militärischem und zivilem Handeln, die in Afghanistan die Arbeit von NGOs erschwert hat, Helfer dem Verdacht aussetzte, Parteigänger von Militärs zu sein und schließlich dazu führt, dass die Arbeit von Hilfsorganisationen in den Strudel des militärischen Scheiterns hineingezogen wird.

VENRO, der Dachverband der deutschen entwicklungspolitischen NGOs, hat seine Kritik an den verschiedenen Konzepten zivil-militä-

rischer Zusammenarbeit mit jeweils eigenen Positionspapieren begründet (vgl. Streitkräfte als humanitärer Helfer? (Mai 2003), Fünf Jahre deutsche PRTs in Afghanistan (Januar 2009)). Wenn Soldaten sich im Rahmen von militärischen CIMIC („Civil-military Cooperation“)-Aktivitäten als Aufbauhelfer gerieren, dann geht es ihnen vielleicht auch um Wiederaufbau, vor allem aber um die Erhöhung des eigenen Schutzes im Einsatzgebiet. CIMIC-Maßnahmen sollen nicht den militärischen Einsatz zivilisieren, sondern seine Wirksamkeit durch Image-Aufbesserung, die Vergrößerung des Aktionsradius sowie einen leichteren Zugang zu Informationen für Lageberichte steigern. Auch die von der ISAF eingerichteten Provincial Reconstruction Teams (PRTs), in denen zivile Aufbauhelfer systematisch mit militärischen Kräften zusammenarbeiten, entpuppen sich aus entwicklungspolitischer Perspektive als höchst fragwürdig. 26 PRTs gibt es zurzeit: zwei davon in deutscher Verantwortung.

Hilfsorganisationen kritisieren PRTs, weil sie zu teuer und ineffizient sind, vor allem aber, weil sie fundamentale entwicklungspolitische Grundsätze auf den Kopf stellen. Statt partizipative Planungsprozesse zu befördern setzen sie auf einen Top-Down-Ansatz, um rasche Erfolge vorweisen zu können. Solche „Quick Impact“-Projekte, die nicht zuletzt den Militäreinsatz in der heimischen Öffentlichkeit legitimieren sollen, führen fast automatisch zur Herausbildung von Parallelstrukturen. Nicht mit den Menschen wird der Wiederaufbau vorangetrieben, sondern für sie. Die Folge ist nicht die Förderung funktionsfähiger afghanischer Verwaltungsstrukturen (ein immer wieder genanntes Ziel), sondern gerade deren Schwächung.

Deutlich wird, dass es grundsätzlich unterschiedliche Mandate sind, die Militärs- und Hilfsorganisationen haben. Der Sicherheitsbegriff, der Hilfsorganisationen leitet, steht nicht im Kontext eines militärischen Handelns, der Präsenz in der Fläche, der Bekämpfung von

Aufständischen, sondern orientiert sich am Begriff der „human security“, der sich um die Verwirklichung universeller Menschenrechte dreht. Für Hilfsorganisationen bedeutet Sicherheit ein Bemühen um Schutz vor Hunger, Krankheit, Arbeitslosigkeit, politischer Willkür – mithin ein ziviles Handeln, das nicht von partikularen Interessen geleitet wird, wie sie in der oft zitierten Aussage des ehemaligen Verteidigungsministers Peter Struck: „Die Sicherheit Deutschland wird am Hindukusch verteidigt“ zum Ausdruck kommt. Übrigens: auch die neue Bundesregierung begründet den Einsatz der Bundeswehr gleichermaßen: man sei solange vor Ort, bis von Afghanistan keine Gefahr mehr für Deutschland und die internationale Sicherheit ausgehe.

Zwangsläufig resultiert aus einer solchen Sicht eine Dominanz des Militärischen, und nicht von ungefähr drehen sich die Debatten der deutschen Öffentlichkeit auch um dieses Thema. Es geht um die Sinnfälligkeit der Entsendung von Truppen, Tornados oder AWACS, Sicherheitskonzepte werden erörtert, die Traumatisierung der Soldaten beklagt, die Angemessenheit von Bombardements diskutiert, - all das fraglos von immenser Bedeutung, aber eben doch geeignet, die Nöte der Afghaninnen und Afghanen aus dem Blick zu verlieren.

Die afghanische Perspektive

Spricht man dagegen mit den Leuten in Afghanistan, stehen andere Sorgen im Vordergrund. Das, was die afghanische Gesellschaft zuallererst bedrückt, ist der Mangel an Zuversicht, der letztlich die gesamte afghanische Gesellschaft erfasst hat. Es mangelt an Vertrauen in die Regierung Karsai, dass sie die grassierende Armut, die fehlende Rechtsstaatlichkeit und das Problem ineffizienter staatlicher Strukturen in den Griff bekommt. Erst an fünfter oder sechster Stelle kommt das Gespräch auf den Krieg. Nimmt man die Sorgen der afghanischen Bevölkerung zum Maßstab, ist die Bilanz des internationalen En-

gements in Afghanistan allerdings niederschmetternd.

Afghanistan ist noch immer eines der ärmsten Länder der Welt. Im „Human Development Index“ des UN-Entwicklungsprogramms rangiert es auf Platz 181. Die Lebenserwartung der Menschen liegt bei 43 Jahren, und in vielen Regionen ist die Müttersterblichkeit die höchste der Welt. 50-70 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung haben keine Arbeit.

Von blühenden Landschaften, die den Menschen am Hindukusch mit der Ankunft der fremden Soldaten in Aussicht gestellt wurden, keine Spur. Was Wunder, dass die Zustimmung der afghanischen Bevölkerung zur Präsenz von ausländischen Soldaten sinkt. Lag sie 2007 noch bei 67 Prozent, ist sie 2008 auf 59 Prozent gesunken. Das ist zwar noch immer eine Mehrheit, doch ist es unterdessen auch eine Mehrheit, die sich unzufrieden mit der Art des internationalen Engagements äußert. Viele fürchten die Rückkehr der Taliban, sind aber zugleich enttäuscht mit dem, was ihnen die Intervention bislang gebracht hat. 70 Prozent der Befragten einer gerade veröffentlichten Studie von Oxfam nennen Armut und Arbeitslosigkeit als Hauptursache für den andauernden bewaffneten Konflikt in ihrem Land. An zweiter Stelle die schwache afghanische Regierung sowie Korruption. Die Taliban und die Einmischung von Nachbarstaaten werden als die dritt- und viertwichtigsten Ursachen angesehen.

So absurd es klingt: die Bundeswehr führt in Afghanistan heute Krieg, weil die Chance auf Schaffung von Frieden verspielt wurde. Ob die Chance noch einmal wiederkommen wird, das muss sich noch zeigen. Ohne eine grundlegende Korrektur der bisherigen Afghanistan-Politik jedenfalls wird sie nicht kommen. Frieden, das ist die Lektion, die aus Afghanistan zu lernen ist, basiert nicht auf militärischer Stärke, sondern auf dem Vertrauen der Menschen und einem glaubhaften Bemühen um soziale Gerechtigkeit.

Der Beitrag von Hilfsorganisationen

Die Rolle, die Hilfsorganisationen unter Umständen, wie sie in Afghanistan herrschen, ausüben können, ist begrenzt. NGOs können einen Beitrag zur sozialen Entwicklung leisten, Friedensbemühungen fördern und Prozesse der Demokratisierung unterstützen, sie können aber nicht das ersetzen, was in Afghanistan so dringend gebraucht wird: funktionierende staatliche Institutionen, die den Rechten und Erwartungen der Bevölkerung auch entsprechen können. Ein verlässliches Rechtswesen, ein Ende von Korruption und Willkür.

All das aber ist nur zu erreichen, wenn sich das internationale Engagement zu einem konzeptionellen Neubeginn durchringt. Mit ein paar Millionen mehr fürs Zivile ist das nicht getan. Das, was bisher nur zur Rechtfertigung militärischer Ziele erhalten musste, muss zum tragenden Konzept werden. Statt Aufstandsbekämpfung ist zivile Konfliktlösung gefragt. Und dass eine solche Alternative kein Wunschdenken sein muss, zeigen Studien von NGOs, mit denen die Wirksamkeit kommunaler Friedensarbeit in Afghanistan nachgewiesen wurde. Entwicklung muss dort gefördert werden, wo sie entsteht. Auf regionaler und lokaler Ebene und mit allen Kräften, die vor Ort eine Rolle spielen. Nur wenn es gelingt, im Konsens getragene Gemeinde- und Provinzverwaltungen aufzubauen, werden auch Wirtschafts- und Sozialprogramme fruchten und der Frieden hat eine Chance.

Strategie

Es ist höchste Zeit, eine solche Strategie zu erarbeiten. Zumal von einer Strategie bislang eigentlich nicht die Rede sein kann. Mädchen den Schulbesuch zu ermöglichen, ist ohne Frage ein wunderbares Ziel. Aber ausgerechnet mit staatsfeindlichen Warlords und mafiösen Drogenbaronen jenen Staat aufzubauen zu wollen, der dafür dauerhaft garantieren soll, zeugt schon von einiger Verwirrung. Vorrang für Zi-

vil hat solange keine Chance, wie militärische Überlegungen dagegen stehen.

Weil mit Kriegsherren kein Staat zu machen ist, muss deren Macht gebrochen werden. Stattdessen gilt es, eine leistungsfähige Staatlichkeit aufzubauen, die vor allem den Bewohnern der ländlichen Gebiete spürbare soziale und wirtschaftliche Verbesserungen bringt. Nur wenn die grassierende Korruption, der Mangel an verlässlichen Verwaltungen, aber auch das Missmanagement der internationalen Hilfe ein Ende finden, werden sich die Menschen nicht mehr enttäuscht von der Kabuler Regierung und ihren internationalen Verbündeten abwenden.

Vorrang für Zivil aber heißt auch, jene Schattenwirtschaft zu durchbrechen, die die Gewalt mit in Gang hält. Ohne den Schutz der afghanischen Wirtschaft ist die Bekämpfung der Drogenökonomie nicht möglich. Gefragt ist ein Bündel von Maßnahmen (beispielsweise die Subventionierung des Weizenabbaus), die den Wirtschaftsaufbau nicht dem Marktgeschehen überlassen. Es ist hanebüchener Unsinn, wenn schon die Einrichtung einer Handelskammer, von der deutschen Entwicklungshilfe betrieben, den USA als Ausweis sozialistischer Umtriebe gilt.

Vor allem aber müssen die UN handeln: Sie müssen einsehen, dass es falsch gewesen ist, der NATO das Mandat für den Militäreinsatz zu übertragen. Es ist höchste Zeit, endlich all jene mit an den Tisch zu holen, die 2001 auf dem Petersberg ausgeschlossen waren: die Vertreter der afghanischen Zivilgesellschaft, die Frauenorganisationen, die Anrainerstaaten und andere wichtige Akteure wie Russland und China. Solange es nicht wirklich um die Menschen in Afghanistan geht, bleibt auch der Verweis auf die Verantwortung, die man ihnen gegenüber habe, nur leeres Gerede. ■

↳ Thomas Gebauer ist Geschäftsführer von medico international e. V.

PapyRossa Verlag



Gerhard Feldbauer: Der Heilige Vater – Benedikt XVI.: Ein Papst und seine Tradition; 209 Seiten; EUR 14,90

Seligspredung von Anhängern Francos, Rehabilitation der Piusbrüder, Unterstützung für Berlusconi: Benedikt XVI. steht für eine altbewährte Tradition der Kurie und setzt die anti-moderne Offensive seines Vorgängers fort.



Eric Hobsbawm: Zwischenwelten und Übergangszeiten – Interventionen und Wortmeldungen
Hardcover, 2., verb. Auflage; 240 Seiten; EUR 18,00

Als Historiker und politisch engagierter Zeitgenosse nimmt Eric Hobsbawm Stellung zu den weltpolitischen Umbrüchen der Gegenwart, zur Krise des Kapitalismus und zu Perspektiven für die Zukunft.

Tel.: (02 21) 44 85 45 | mail@papyrossa.de
www.papyrossa.de